

Esslinger Zeitung

ESSLINGER KREISZEITUNG · PLOCHINGER ZEITUNG

153. Jahrgang | Nr. 281 | Woche 49 | ZKZ 2716

Donnerstag, 3. Dezember 2020

www.esslinger-zeitung.de | 1,80 €



Hintergrund

Corona-Krise trifft Angstpatienten hart

Seite 3

Wirtschaft

Viereinhalb Jahre Haft für Windreich-Gründer Balz

Seite 9

Kultur

Jean-Luc Godard wird 90

Seite 23



Sport

Der VfB will frei werdende Gelder sinnvoll nutzen

Seite 14

Lobbyregister soll zügig entstehen

Stuttgart - Kurz vor Ende der Legislaturperiode wollen mehrere Fraktionen im Landtag ein Gesetz für ein Lobbyregister durchpauken. Noch vor der Weihnachtspause will man einen gemeinsamen Gesetzentwurf erarbeiten. Darauf einigten sich die Parlamentarischen Geschäftsführer von Grünen, CDU, SPD und FDP. Das Vorhaben ist Teil des grün-schwarzen Koalitionsvertrags. Bislang war außer Gesprächen zwischen den Fraktionsspitzen wenig passiert. Man wolle die Gesetzgebung im Bund abwarten, hieß es. Für Bewegung hat nun wohl ein Gesetzentwurf der SPD gesorgt, den die Fraktion vergangene Woche im Landtag einbrachte. (agr) ▶ Seite 5

Kommentar

Ungezogen

Die Verkehrspolitik bevormundet die Bürger.

Von Klaus Köster

Nur eine Minderheit plädiert für den Bau neuer Straßen“, sagte Verkehrsminister Winfried Hermann im vergangenen Jahr und sieht seine Politik voll bestätigt. Schließlich will er seit jeher die „Dominanz des individuellen Pkw-Verkehrs zurückdrängen“ und die Stuttgarter Innenstadt autofrei machen. Den meisten Bürgern sind reale Verbesserungen ihres Alltags aber wichtiger als Visionen, die einer Fata Morgana gleichen. Nur neun Prozent haben laut der Umfrage der Tageszeitungen in Baden-Württemberg den Eindruck, im Land werde ausreichend in die Verkehrsinfrastruktur investiert. Noch vor fünf Jahren war der Anteil der Zufriedenen fast dreimal so hoch. Dabei bestanden im Südwesten in all der Zeit ideale Bedingungen für eine Verkehrspolitik aus einem Guss. Vom Ministerpräsidenten über den Verkehrsminister, vom Umweltminister über den Regierungspräsidenten bis zum Oberbürgermeister der Landeshauptstadt tragen alle maßgeblichen Akteure die grüne Parteifarbe. Grün regiert seit Jahren durch.

Fahrverbote und die Sperrung von Spuren zur Erzeugung von Staus sind eher politische Ersatzhandlungen als Verbote moderner Verkehrspolitik. Die passenden Gerichtsurteile hatte man einst durch den Verzicht auf Gegenargumente und auf Rechtsmittel selbst mit herbeigeführt. Die meisten Bürger wollen aber eine Verkehrspolitik, in der Auto, Bus und Bahn nicht gegeneinander ausgespielt werden. Sie wollen zwischen alltagstauglichen Alternativen wählen, anstatt wie ungezogene Kinder behandelt und immer wieder gemäßregelt zu werden.



Gemeinsam einsam

Die Esslinger Vesperkirche geht auf Abstand und zieht in das Gemeindehaus am Blarerplatz um. / Seite 15

Esslingen

Bescherung für Hund und Katze



Foto: Ines Rudel

Weil coronabedingt viele Einnahmequellen versiegt sind, setzt das Esslinger Tierheim auf eine besondere vorweihnachtliche Aktion. In verschiedenen Geschäften im Kreis wurden auf den Verkaufsflächen Christbäume aufgestellt, an denen Wunschzettel hängen. So können Kunden sinnvolle Geschenke wie Leckerli, ein Körbchen, Spielzeug oder eine Dose Diätfutter unter den Baum für die Tiere legen. ▶ Seite 18

Kirchheim

Kommet, nur nicht alle auf einmal

In Kirchheim verbreiten strategisch günstig an den Stadteingängen platzierte Weihnachtsbuden den Anschein, als sei das ganze Zentrum der Teckstadt pünktlich zum ersten Advent in den Weihnachtsmodus verfallen. Mit viel Licht, Tand und rund 200 Tannenbäumen trotzten Stadt und Einzelhandel dem umsatzschädlichen Einfluss des Coronavirus. ▶ Seite 22

Lokalsport

Naturtalent auf der Kartbahn



Foto: Herbert Rudel

Als Mädchen ist Kiara Henni eine Exotin im Kartsport. Doch das ist nicht die einzige Besonderheit der 13-Jährigen aus Wernau, die in diesem Jahr süddeutsche Vizemeisterin wurde. Erst seit einer Saison fährt der Teenager Rennen – und schon besser als andere, die weit aus mehr Erfahrung haben. Dabei hat Henni ein Handicap, eine Sprachbehinderung aufgrund eines seltenen Gendefekts. Auf der Kartbahn spielt das keine Rolle. ▶ Seite 24

Stuttgart

Autobahn-Sprayer kaum ausgebremst

Auch wenn Sprayer eindeutige Handschriften hinterlassen: An Stuttgarts Autobahnen wird selten jemand erwischt. Das Regierungspräsidium nimmt die Graffiti auf den Fernstraßen oft hin – zum Ärger der Polizei. Die Schmierereien werden in der Regel nicht entfernt, weil das schlicht zu teuer sei. Beseitigt werden die Graffiti nur bei politischen und anstößigen Inhalten. ▶ Seite 8

Skepsis bei Bus und Bahn

Umfrage im Land: Mehrheit beklagt mangelnde Investitionen ins Straßennetz.

Von Christoph Link

Laut einer Umfrage des Allensbach-Instituts im Auftrag der Tageszeitungen in Baden-Württemberg ist eine Mehrheit der Befragten (64 Prozent) der Ansicht, dass im Südwesten in den letzten Jahren zu wenig in die Verkehrsinfrastruktur investiert worden sei. Damit ist der Anteil der mit dem Zustand von Straßen, Brücken und anderen Verkehrsbauwerken Unzufriedenen im Vergleich zu 2015 leicht gestiegen.

In der aktuellen Umfrage war die Einstellung der Bürger zu den verkehrspolitischen Herausforderungen in Zeiten des Klimawandels abgefragt worden – gerade auch vor dem Hintergrund einer seit neun Jahren von den Grünen geführten Landesregierung.

Was die künftige Verkehrspolitik angeht, war das Meinungsbild gespalten:

Eine Mehrheit von 56 Prozent findet, der Ausbau müsse ins Straßennetz und in den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) „gleichermaßen“ erfolgen, 23 Prozent sind für mehr Busse und Bahnen und 17 Prozent für den Straßenbau. Bei jüngeren Leuten zwischen 18 bis 29 überwiegen die ÖPNV-Anhänger (43 Prozent) gegenüber den Freunden des Straßenbaus.

Was das eigene Verhalten anbelangt, sind die Beharrungskräfte in der Bevölkerung offenbar noch groß: Eine Mehrheit (68 Prozent) der befragten Baden-Württemberger, die täglich oder mehrfach in der Woche mit dem Auto unterwegs sind, sehen in Bus und Bahn „keine ernsthafte Alternative“ und schließen einen Umstieg aus. Auch bei E-Autos fehlt noch Akzeptanz.

In der Reihe der drängendsten Probleme werden zuerst die hohen Preise für

den Nahverkehr in Bussen und Bahnen genannt (52 Prozent), gefolgt von drei „Auto-Themen“: zu viele Staus (50), schlechter Zustand der Straßen (45) und zu wenig Parkplätze in Innenstädten (43). Erst an zehnter Stelle wird der „schlechte Zustand des Schienennetzes“ genannt (17 Prozent). Großstädter nehmen die Ticketpreise für Busse und Bahnen sowie Staus als Problem wahr, „Bewohner ländlicher Regionen ärgern sich überproportional oft über schlechte Verkehrsverbindungen“.

Auffällig ist, dass Lieblingsthemen von Baden-Württembergs Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) bei den Bürgern kaum eine Rolle spielen: Einen Mangel an Radwegen stellt nur jeder Vierte fest, Car-Sharing-Angebote fehlen nur jedem Zehnten. Immerhin lehnen nur noch 34 Prozent ein Tempolimit auf Autobahnen strikt ab. ▶ Seite 4

Land fordert Zusatzrente

Minister Hauk will eine Reform der Altersvorsorge.

Von Barbara Schäder

Die Landesregierung dringt angesichts der Probleme beim Aufbau einer umfassenden Altersvorsorge für breite Bevölkerungsschichten auf eine Reform. Noch vor der Landtagswahl im März werde Baden-Württemberg über den Bundesrat die Bundesregierung auffordern, die Voraussetzungen für ein „kostengünstiges, sicheres, transparentes und leistungsstarkes staatlich organisiertes Standardprodukt“ für den Aufbau einer Zusatzrente zu schaffen, teilte das Verbraucherschutzministerium in Stuttgart unserer Zeitung mit. „Zahlreiche Angebote zur privaten Altersvorsorge sind am Markt, aber viele sind zu komplex, die Renditen zu gering oder die Kosten zu hoch“, kritisierte Verbraucherschutzminister Peter Hauk (CDU). Die Landesregierung tritt für ein Modell ein, das schon vor einigen Jahren entwickelt wurde. Es sieht vor, dass Arbeitnehmer zusätzlich zum Beitrag für die ge-

setzliche Rente Geld auf ein „Vorsorgekonto“ einzahlen können, das am Kapitalmarkt angelegt wird. Ein Teil der jährlich erwirtschafteten Erträge soll in einen kollektiven Reservetopf fließen, um etwaige Verluste auszugleichen. Ein solcher Mechanismus schmälert freilich die Renditechancen, weshalb andere Vorschläge für ein Standard-Altersvorsorgeprodukt auf einen Risikoausgleich verzichten.

Die Deutsche Aktuarvereinigung (DAV) empfiehlt, die Garantiezinsen auf Lebensversicherungen zum 1. Januar 2022 von 0,9 auf 0,25 Prozent zu senken. Zudem sollten Versicherungsgesellschaften von der Pflicht ent-

bunden werden, bei Riester-Verträgen und in der betrieblichen Altersvorsorge mindestens den Erhalt aller angesparten Beiträge bis zum Renteneintritt zu garantieren. Die Zinsen am Kapitalmarkt seien in der Corona-Krise noch einmal um 0,2 bis 0,5 Prozentpunkte gesunken, sagte DAV-Vorstand Guido Bader.



Heute erst vereinzelt Nebel, danach vermehrt sonnige Abschnitte. Morgen bedeckt, gelegentlich Regen oder Schnee.

Kinderleicht Seite 6 | Börse Seite 10
Fernsehen Seite 6 | Wetter Seite 24

